

Untergang oder Wiedergeburt



1868, nach einem schweren politischen Rückschlag für die Liberalen, wurde die NZZ frisch lanciert. Als Basis diente die Gründung einer Aktiengesellschaft, die bis heute das Fundament der «Neuen Zürcher Zeitung» ist.

Von Thomas Maissen

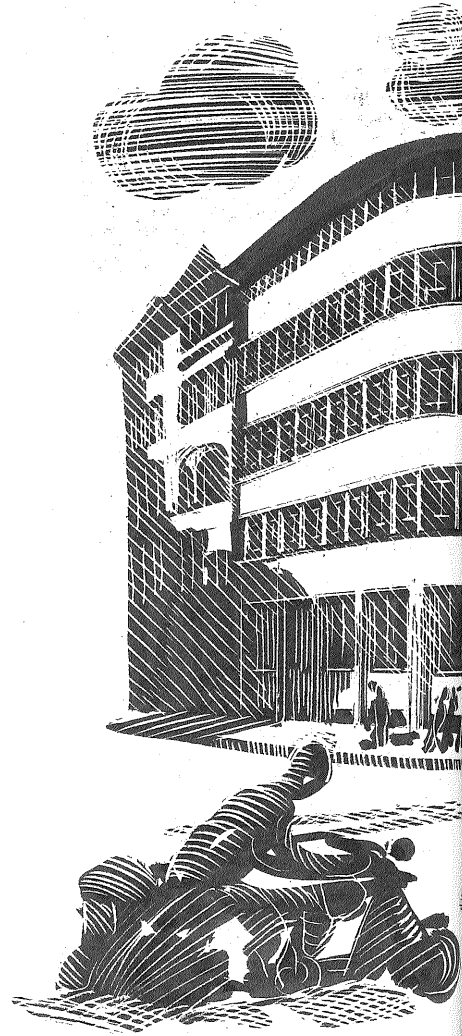


Der Solothurner Katholik
Peter Felber, NZZ-
Chefredaktor im Jahr 1868.

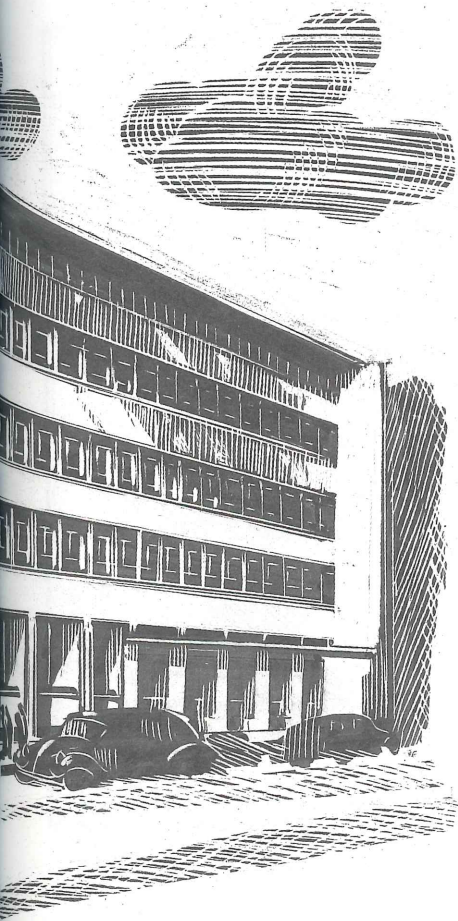
Die Bundesverfassung von 1848 und der damit begründete Nationalstaat werden in der Nationalgeschichte als Triumph des Liberalismus gedeutet. Während die Erneuerungsbewegungen im übrigen Europa nach anfänglich erfolgreichen Februar- und Märzrevolutionen durchwegs scheiterten, schuf er hierzulande eine konstitutionelle und politische Basis, welche die Landschaft bis heute prägt. Bis zur Einführung von Proporzahlen 1919 dominierte der Freisinn die Bundespolitik, bis 1891 mit allen sieben und danach sechs Bundesräten sowie der absoluten Mehrheit in beiden Kammern.

Dennoch übertüncht die Rede von einer «Schweiz des Freisinns» (Roland Ruffieux) in diesen Jahrzehnten die starken Gegensätze in der Bewegung, die noch sehr stark föderalistisch geprägt war und erst 1894 auf nationaler Ebene überhaupt als Partei entstand. Einigend wirkten gewiss die gemeinsamen Feinde: anfangs die katholischen, aber auch reformierten Konservativen, welche der Kantonssouveränität und der kirchlich-religiösen Deutungsmacht nachtrauerten, und später die Sozialdemokratische Partei, die sich vornahm, die politische Emanzipation aller Bürger von 1848 durch die soziale Emanzipation aller Arbeitnehmer zu ihrem guten Ende zu führen.

Tatsächlich hatte auch die Sozialdemokratie Wurzeln in der freisinnigen Grossfamilie, die sich in den 1860er Jahren grob in drei Lager einteilen liess, wobei es viele und wichtige kantonale Varianten gab. Rechts politisierten die Liberalen und in der Mitte die Radikalen, die sich schon seit den vierziger Jahren gegenüberstanden, während auf der Linken die Demokraten neu entstanden. Die Liberalen hatten oft eine starke Stellung im Unternehmertum und in den sozial massgeblichen Kreisen, vor allem der Hauptstädte. Sie befürworteten eine repräsentative Verfassung, in der die gebildeten und wohlhabenden Bürger die Verantwortung für das Gemeinwohl übernahmen. Tendenziell wünschten sie einen Nachwächterstaat, der nur die Rahmenbedingungen für die freie wirtschaftliche Entfaltung festlegt, aber sonst die Unternehmer gewähren lässt.



Die Radikalen waren dafür, dass die Volkssouveränität konsequenter umgesetzt wird und die formale Gleichheit aller Schweizer Bürger nicht durch lokale oder kantonale Schranken infrage gestellt bleibt, etwa bei der Niederlassungsfreiheit. Starke nationale Institutionen sollten rationale Reformen gegen die föderalistischen und oft konfessionspolitisch geprägten Bollwerke in den Kantonen erzwingen, nicht zuletzt im Bildungswesen. In dieser vergleichsweise etatistischen Weltanschauung gingen die Demokraten noch weiter, insbesondere bei ihren sozialen Forderungen. Sie plädierten etwa für den Schutz von Fabrikarbeitern, aber auch von herkömm-



Architektenskizze aus dem Jahr 1955 für den Umbau des NZZ-Gebäudes, von der Ecke Falkenstrasse/Theaterstrasse aus gesehen.

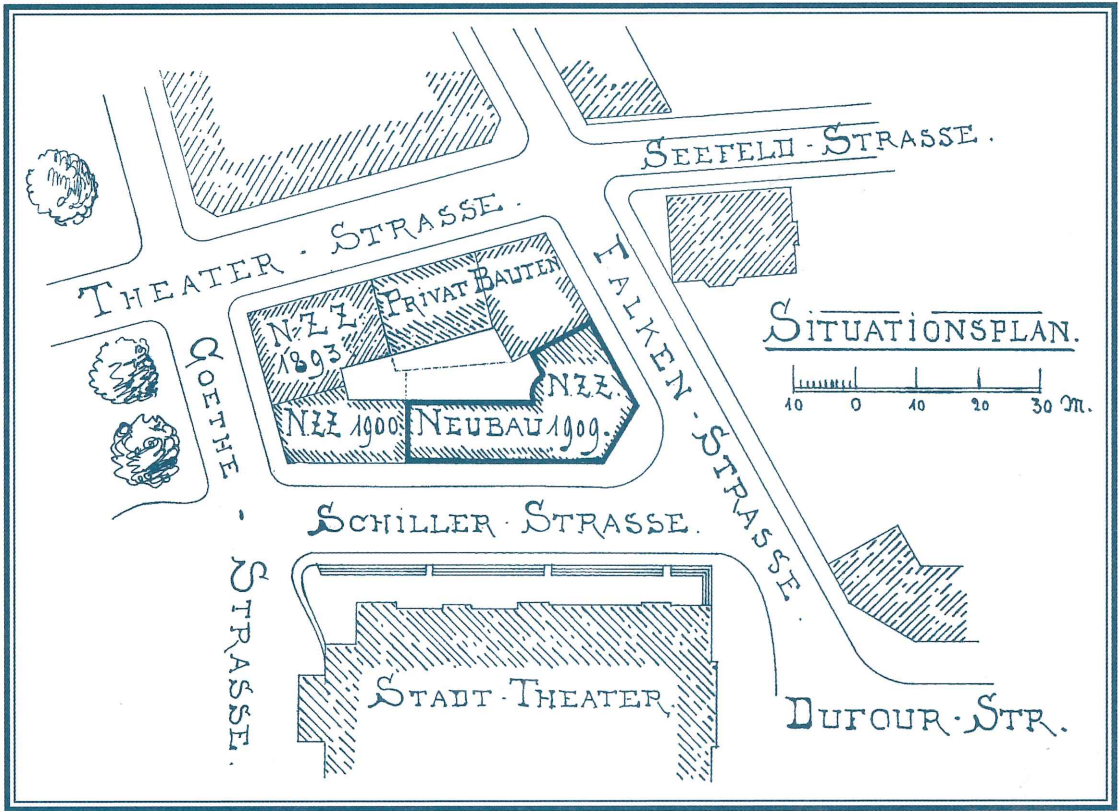
lichen Gewerben durch einen starken Staat. Viele Demokraten kamen aus ländlichen, handwerklichen und kleinbäuerlichen Kreisen, die infolge der Industrialisierung ins Proletariat abzustiegen drohten. Die Anführer waren oft akademisch gebildet und im Staatsdienst: Lehrer, Pfarrer oder Beamte. Als Gegengewicht zur wachsenden Staatsgewalt sollten nicht liberale Notabeln wirken, sondern das Volk selbst – daher die Forderung nach direkter Demokratie. Im Vordergrund stand das Referendum, also die Möglichkeit, dem staatlichen Wirken Grenzen zu setzen; aber auch die Initiative wurde immer attraktiver, die gesetzgeberische Mitgestaltung beim sozialen

Wandel verhiess. Die direkte Volkswahl von Regierungsmitgliedern und Richtern war ein weiteres Anliegen, das zusammen mit Amtszeitbeschränkungen dem Souverän die unmittelbare Kontrolle der staatlichen Wirksamkeit ermöglichen sollte. Die Demokraten wollten auch die Stimm- und Wahlrechte erweitern, die oft Dienstboten, Analphabeten, Arme, Straffällige, Konkursite und andere Aussenseiter ebenso vom aktiven Bürgerrecht ausschlossen wie, auf kommunaler Ebene, die Bürger anderer Gemeinden oder Kantone. Vereinzelt wurde bereits der Ruf nach dem Frauenstimmrecht laut. Auch die Forderung nach kostenlosem Schulbesuch, Tagegeldern für die Teilnahme an Ratssitzungen und unentgeltlicher Ausrüstung der Soldaten zielte darauf, brei-

Liberales, Radikales und Demokraten lagen 1868 in bitterem Streit – und mittendrin: die NZZ.

teren und weniger begüterten Schichten die aktive Teilnahme im Staat zu ermöglichen. Direktdemokratisch kontrolliert, sollten die Behörden diesen wirtschaftlich schwächeren Gruppen im Inland Anteil an den Gewinnen vermitteln, welche die rasch wachsende Exportindustrie im Ausland einfuhr, während zugleich viele Bauern und das herkömmliche Gewerbe ihre Existenzgrundlagen durch billige Industrieprodukte und Importe gefährdet sahen.

Aus dieser Bedrohungslage erklärt sich auch, dass die demokratische Bewegung in mancher Hinsicht widersprüchlich agierte. Einerseits baute sie die staatliche Wirksamkeit in wirtschaftlichen und sozialen Bereichen aus. Neben die Geschäftsbanken sollten Kantonalbanken treten und günstige Kredite nicht nur für die Industrie, sondern auch für Selbstständige bereitstellen. Der Staat sollte auch Genossenschaften finanzieren und Schutzmassnahmen für Arbeiter ergreifen. Für die anfallenden Kosten sollte ein Steuersystem aufkommen, das statt auf indirekten vermehrt auf direkten (Ver-



Grundriss des Bauplatzes der NZZ, dargestellt in der Broschüre zur Eröffnung des Gebäudes im Jahr 1909.

mögens-)Steuern mit Progression aufbaute und mit einer Erbschaftssteuer verbunden war. Andererseits riefen etwa die Baselbieter Demokraten nach «wohlfeilerer Gerechtigkeit und grösserer Sparsamkeit», also geringeren Kosten im Rechtswesen, weshalb man sogar den teuren Beruf des Advokaten abschaffen wollte. Noch deutlicher verstand sich die Aargauer Bewegung als Bremse gegen den «Fortschritt und die rasche Entwicklung im Staatsleben». Die dortige liberale Kantonsregierung stürzte im sogenannten «Mannlisturm» über ihren Beschluss, die Juden, die im Surbtal traditionell ihre Heimatgemeinden hatten, zu vollberechtigten Bürgern zu machen. Die demokratische Bewegung und die direkte Demokratie überhaupt offenbarten insofern von Anfang an ein Janusgesicht: einerseits staatsgläubige Erwartungshaltung, andererseits antimoderne Besitzstandswahrung.

Ihr bekanntester Gegenspieler war als Exponent der liberalen Bewegung im Kanton Zürich wie auf Bundesebene Alfred Escher. Die Erschliessung der Schweiz durch ein Netz von Privatbahnen ging auf sein Wirken als Nationalrat zurück, bei dem er sich gegen die Befürworter einer Staatseisenbahn durchsetzte, an deren Spitze der radikale Bundesrat Jakob Stämpfli stand. Somit stand der von Bern angeführte radikale, etatistische und abenteuerlustige Freisinn aus der westlichen Schweiz dem östlichen Wirtschaftsliberalismus gegenüber, dessen Zentrum Zürich war. Escher war selbst nicht Exekutivpolitiker, doch seine Machtstellung in den Parlamenten von Kanton und Bund trug dazu bei, dass man von einem «System Escher» sprach. Neben den liberalen «Bundesbaronen» und ihrer politischen Klientel gehörten dazu etwa auch die Schweizerische Kreditanstalt, die heutige Credit

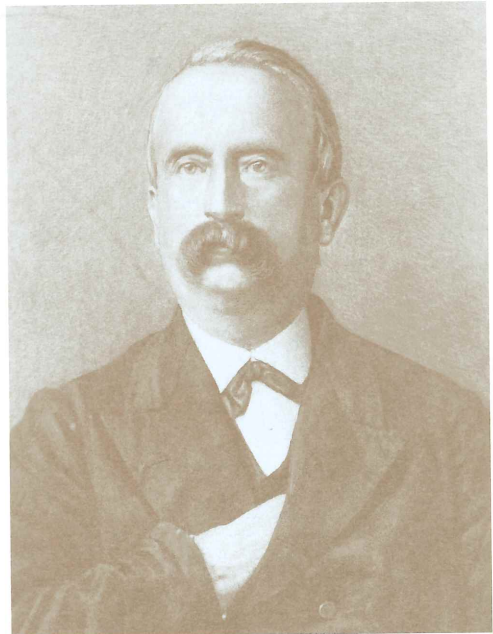
Suisse, mit der Escher das französische Modell der Geschäftsbank als Aktiengesellschaft einführte und die gewaltigen Kredite für den Eisenbahnbau mobilisierte. Seine Vision des technologischen Fortschritts benötigte auch gut ausgebildete Ingenieure. Folgerichtig gehörte Escher zu den geistigen Vätern der 1855 gegründeten Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) und begleitete sie fast drei Jahrzehnte lang im eidgenössischen Schulrat.

Die erste Mitarbeiterstelle der NZZ wurde von Alfred Eschers Nordostbahn finanziert.

Zum «System Escher» gehörte auch die *Neue Zürcher Zeitung*. Seine Nordostbahn finanzierte die erste Stelle eines redaktionellen Mitarbeiters, deren Inhaber vor allem über lokale Vorkommnisse berichtete. Chefredaktor der NZZ war seit 1849 der streitbare Liberale Peter Felber aus Solothurn. Dort war er aus dem Regierungsrat ausgetreten, nachdem er sich mit den Radikalen überworfen hatte. Die radikale *Berner Zeitung*, die Bundesrat Stämpfli sehr nahe stand, warf Felber gar vor, ein «Hoflakai Alfred Eschers» zu sein und dessen «Neue Zürcher Hofzeitung» «zum seichtesten und grundsatzlosesten Blatte der Schweiz» gemacht zu haben. Tatsächlich stritt Felber publizistisch für Eschers Bahnprojekte, von der privaten Finanzierung bis zur Alpenquerung beim Gotthard und nicht bei Splügen/Lukmanier, Grimsel oder Simplon. Die noch nicht endgültig gesicherten Errungenschaften von 1848 wollte Felber dadurch bewahren, dass die Liberalen und die Bundesbehörden weder in den katholisch-konservativen Sonderbundskantonen noch gegenüber dem monarchisch-reaktionären Ausland Widerstände provozierten. Im Neuenburgerhandel (1856/57) und Savoyerhandel (1859/60) predigte er gleichermassen Zurückhaltung gegenüber Preussen beziehungsweise Frankreich. Den Radikalen warf Felber nicht nur

Kriegstreiberei vor. Da sie in der Revolution ein legitimes Mittel des politischen Kampfes sahen, fürchtete Felber einen Hang zur Anarchie und trat entschieden für Ordnung und Rechtsstaat ein. Hatte die NZZ seit ihrer Gründung immer wieder deutsche Emigranten an ihrer Spitze gehabt und ihnen ein Forum geboten, um in ihrer Heimat für Aufklärung und Liberalismus zu werben, so interpretierte Felber unbedingte Neutralität auch als strenge Anwendung des Asylrechts: Flüchtlinge hatten sich mit ihren politischen Äusserungen sehr zurückzuhalten. Mit seinem Grundsatz «Die Schweiz vor allem!» warnte er entsprechend vor allzu weitgehender Solidarität mit den liberalen Bewegungen im Ausland, obwohl und weil diese blutig niedergeschlagen wurden: «Auch die blindesten Parteigänger müssen nun einsehen, wie nötig wir alle einander sind und wie wir jetzt nicht von Frankreich, nicht von Italien Trost und Hilfe erwarten, sondern unser Heil in uns selbst suchen müssen.»

Die NZZ erschien seit ihrer Gründung 1780 im Verlag Orell, Füssli & Co., der alleiniger Eigentümer der Zeitung war. Er war zuständig für Druck, Versand und Inserate der Zeitung, die



Bundesrat Jakob Stämpfli, radikaler Gegenspieler der Liberalen um Alfred Escher.

1860 eine Auflage von etwa 1400 Exemplaren hatte. Auf dem Höhepunkt der Sonderbundskrise waren es noch 3500 gewesen, als die NZZ als «schweizerisches Hauptblatt» mit der grössten und vor allem auch überkantonalen Verbreitung galt. Die rückläufigen Erträge kontrastierten mit der Herausforderung, in neue, teurere Technologien zu investieren, insbesondere 1858 in eine neue Druckmaschine und die telegrafische Übermittlung von Depeschen und Börsenkursen anstelle der herkömmlichen Briefkorrespondenzen.

Felbers Anstellungsvertrag zeigt, welcher formale wie inhaltliche Rahmen für das Blatt galt (siehe Kasten unten). Felber war demnach weitgehend allein verantwortlich für die liberale politische Linie, doch schwächten in den sechziger Jahren unternehmerische Veränderungen

Aus Peter Felbers Anstellungsvertrag:

§ 1. Die «Neue Zürcher Zeitung», die alle Tage erscheint, soll in der Regel drei Seiten Text enthalten und die vierte (soweit Stoff vorhanden) zu dem Allgemeinen Anzeiger bestimmt bleiben, dessen Redaktion die Verlagsbuchhandlung besorgt, welcher auch über allfällig notwendig werdende Extrabeilagen und Bulletins, auf den Antrag der Redaktion, der Entscheid zusteht.

§ 2. Die Redaktion soll in freisinnigem Geist und würdiger Sprache die Tagesangelegenheiten der Schweiz und des Auslandes besprechen, so dass die «NZZ» nach der bisherigen Tendenz als Fundgrube zur Geschichte der Schweiz benutzt werden kann.

seine Stellung. 1863 verstarb Johannes Hagenbuch, der Inhaber von Orell, Füssli & Co. In Hagenbuch verlor Felber einen treuen und sehr gut vernetzten Weggenossen, dessen Schwiegersohn und Nachfolger Friedrich Fisch-Hagenbuch die NZZ nicht einfach als Kampfblatt den Libera-

len zur Verfügung stellen, sondern eine breitere politische Verankerung erreichen wollte. Fisch stiess deshalb wiederholt mit dem eigenwilligen Felber zusammen und blieb auch zu Alfred Escher auf Distanz. 1865 übernahm Fisch selbst die Leitung der vierköpfigen Redaktion. Felber wurde

wie seine Kollegen gleichsam Ressortleiter und verlor die Zuständigkeit für den Lokalbereich. Während der von Fisch an der kurzen Leine geführte Felber nun zusehends verstummte, sympathisierten seine Redaktionskollegen mit den Demokraten, so dass sich Alfred Escher seinerseits von seinem Blatt abwandte.

Zugleich griff Salomon Bleuler im Winterthurer *Landboten* die NZZ heftig an, für die er früher selbst gearbeitet hatte. Weitere Exponenten der demokratischen Bewegung waren der Anwalt und Publizist Friedrich

Locher, der Genossenschafter und Frühsozialist Karl Bürkli sowie Johann Jakob Sulzer, der Stadtpräsident von Winterthur. Die durch eine stark wachsende Industrie geprägte Stadt war die Hochburg der Demokraten, die damit auch ihre Opposition gegen die politische und ökonomische Vormachtstellung von Zürich ausdrückten. Daraus erwuchs das Konkurrenzprojekt einer auf Winterthur ausgerichteten Schweizerischen Nationalbahn, die Eschers Nordostbahn mit dem Zentrum Zürich verdrängen sollte, aber 1878 spektakulär Konkurs ging.

Der Kampf der Zürcher Demokraten folgte einem Muster, das schon in ande-



Johann Heinrich Füssli



Salomon Bleuler

Rechts unten: NZZ-Generalversammlung 2008 mit (v.l.) Regierungsrat Thomas Heiniger, NZZ-VR-Präsident Conrad Meyer und Bundesrat Pascal Couchepin.



200-Jahr-Feier der NZZ am 12. Januar 1980 mit (v. l.) alt Bundesrat Ernst Brugger, Bundespräsident Georges-André Chevallaz, NZZ-Chefredaktor Fred Luchsinger, VR-Präsident Luk Keller und Bundesrat Fritz Honegger.





Speditionssaal der NZZ im Jahr 1909.

ren Kantonen erfolgreich gewesen war, zuerst 1861 in Baselland. Umstrittene Regierungsbeschlüsse provozierten die Forderung, dass diese in Plebisziten dem Volk unterbreitet werden mussten. Daraus entstanden Bewegungen, die in Volksversammlungen Petitionen und Verfassungsrevisionsbegehren lancierten und diese mit publizistischer Unterstützung durchzusetzen verstanden. Da es noch keine politischen Parteien im eigentlichen Sinn gab, spielte die vielen lokalen Gesangs-, Turn- und Arbeitervereine eine grosse Rolle. Ihre Geselligkeit, statutarisch geordnete Disziplin und demokratische Diskussionskultur öffneten sich von bürgerlichen Trägern zunehmend für ländliche und untere Schichten, die sich gegen die «Eigensucht» der grossbürgerlichen Liberalen über die sozialen Grenzen hinweg solidarisierten.

Unmittelbare Auslöser der Zürcher Staatskrise waren die wirtschaftliche Stagnation mit schlechten Ernteerträgen und eine Cholera-

Mit dem ganzen «System Escher» drohte 1868 auch die NZZ unterzugehen.

epidemie mit 440 Todesopfern, vor allem unter der schlecht versorgten Arbeiterschaft. In dieser Situation nahmen die Demokraten Ende 1867 das Heft in die Hand und reichten nach Volksversammlungen die Unterschriften für eine Totalrevision der Verfassung ein, wie dies in anderen Kantonen auch geschehen war oder noch geschehen sollte. Schon wenig später, am 26. Januar 1868, fand die Abstimmung statt, an der sich über neunzig Prozent der Zürcher (Männer) beteiligten und sich mit 50 585 Ja gegen 7376 Nein für die Totalrevision aussprachen – ein eklatanter Sieg der Demokraten über die Liberalen. Weitere Triumphe folgten ein Jahr später: Das Volk nahm die neue Verfassung an, die bis 2005 in Kraft blei-

ben sollte, und nach den kantonalen Wahlen stellten die Demokraten alle sieben Regierungsräte. In diesem Umfeld verzichtete Alfred Escher bereits darauf, im ebenfalls von den Demokraten dominierten Rat mitzuwirken, der die neue Verfassung ausarbeitete. Sein «System» brach zusammen, und er wurde 1882 nicht einmal zur Einweihung des Gotthardtunnels eingeladen, der seiner Initiative zu verdanken war.

Mit dem ganzen System drohte auch die NZZ unterzugehen, die sich im Abstimmungskampf nur noch lau gegen die revidierte Verfassung ausgesprochen hatte. Damit verlor sie den Rückhalt bei der liberalen Stammklientel, die sich nach Alternativen zu dem umsah, was sie als Linksrutsch empfand. Der Verleger Fisch war seinerseits nicht bereit, neue Mittel in das defizitäre und bei vielen diskreditierte Blatt zu investieren. Liberale Revisionsgegner, die sich im 1866 gegründeten «Politischen Gemeindeverein» zusammenfanden, erwogen sehr ernsthaft die Gründung einer neuen, konservativeren Zeitung als Konkurrenz zur NZZ. Doch bereits kurz nach der Abstimmungsniederlage entschieden sie sich für einen anderen Kurs, die Umwandlung der NZZ in eine Aktiengesellschaft und einen Neustart, wofür sich auch Felber aussprach. Die Assoziation der NZZ mit dem liberalen Programm war seit Jahrzehnten eine Selbstverständlichkeit. Eine Neugründung hätte über wenig politischen Spielraum verfügt, wenn sie nicht ins konservative Fahrwasser geraten und damit die treue Leserschaft verlieren wollte, über die sie immer noch verfügte.

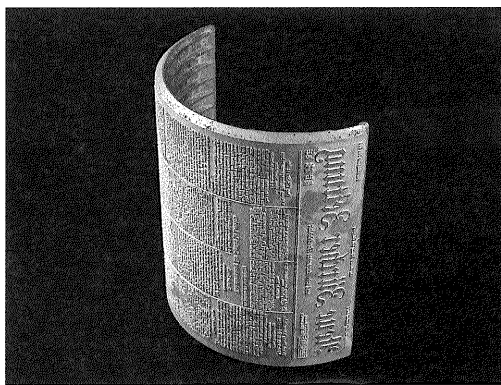
So traten schon einen Monat nach der verlorenen Revisionsabstimmung, am 22. Februar 1868, Mitglieder des «Politischen Gemeindevereins» an Gleichgesinnte heran, denen es als «Bürgerpflicht» erschien, die Trägerschaft einer er-

neuerten Zeitung zu bilden. Für den Ankauf der NZZ und die nötigen Investitionen schien ein Kapital von 150 000 bis 200 000 Franken notwendig, wofür Aktien zu je 1000 Franken ausgegeben wurden. Das Projekt war ambitiös und reichte weit über die drängenden aktuellen Streitpunkte in der Kantonspolitik hinaus. «Das neu zu gründende Blatt soll nicht bloss die augenblicklich obwaltenden Parteikämpfe beeinflussen wollen; vielmehr streben wir ein höheres Ziel an, um dem gefühlten Bedürfnis in umfassender Weise und auf die Dauer durch Gewinnung bedeutender personeller und materieller Mittel abzuhelpfen. Unser Blatt soll, mit Berücksichtigung der

besten Beispiele ausländischer Journalistik, unter den Tagesblättern der deutschen Schweiz die erste Stelle einzunehmen suchen. Seine Aufgabe lässt sich im Wesentlichen so zusammenfassen: eingehende Berichterstattung über alle wichtigeren Vorgänge auf dem Gebiete des öffentlichen (politischen und sozialen) Lebens, mit beson-

derer Berücksichtigung des Kantons und namentlich der Stadt Zürich samt Umgebung; regelmässige und rechtzeitige Lieferung der Handels- und Börsennachrichten in einer den Wünschen und Bedürfnissen der hiesigen Kaufmannschaft angepassten Form; möglichst rasche Mitteilung besonders wichtiger Nachrichten (Extrablätter); kritische oder reflektierende Artikel über politische und soziale Tagesfragen und Ereignisse; Berichte aus dem Gebiete der Wissenschaft und Kunst usw. usw.»

Der Aufruf wies darauf hin, dass mit einer Verzinsung des Kapitals vorerst nicht zu rechnen sei. Die finanzielle Rendite stand also im Hintergrund. Die Umwandlung der NZZ war ein politisches Projekt, das dem liberalen Lager die notwendigen Ressourcen für die publizistische Präsenz sichern sollte. Schon am 6. März 1868 er-



Druckplatte der NZZ-Frontseite.

Der erste Aktionär

Es war wohl der Zürcher Seidenhändler und Bankier Carl Abegg-Arter, der als Erster in die «AG für die Neue Zürcher Zeitung» investiert hat.

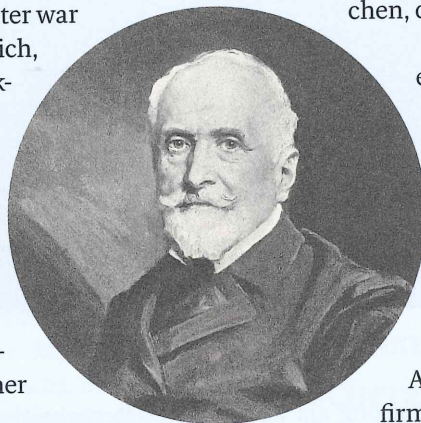
Von Martin Beglinger

Sein Name ist handschriftlich auf der «Aktie Nr. 1» eingetragen, der Vorname allerdings mit K, obwohl er ihn selber mit C schrieb. Doch ob so oder so, der Name Abegg-Arter war ein klingender Name in Zürich, und wäre die Länge von redaktionellen Nachrufen in der NZZ das absolute Mass für ihre Bedeutung, dann hätte Carl Abegg sogar den – hoch umstrittenen – Alfred Escher geschlagen. Sein Nachruf im August 1912 füllte drei Frontseiten an drei aufeinanderfolgenden Tagen, Escher brachte es «nur» auf zwei.

Abegg scheint nicht nur eine Aktie, sondern, falls der entsprechende Vermerk mit Bleistift zutrifft, gleich 14 erworben zu haben. Das Papier datiert vom 6. März 1906, als das Unternehmen neues Kapital zum Ausbau des Stammhauses und der Druckerei benötigte und deshalb neue Titel herausgab. Jene aus dem Gründungsjahr 1868 existieren nicht mehr, doch gemäss Conrad Meyer, der die Unternehmensgeschichte der NZZ verfasst hat, war Carl Abegg vermutlich bereits der erste der 112 Aktionäre im Jahr 1868.

Damals war Carl Abegg noch als Seidenhändler bekannt, ein Metier, in das ihn sein Vater eingeführt hatte, der Küsnachter Tuchhändler Hans-Caspar Abegg. Er schickte seinen 1836 geborenen Sohn nach der Sekundarschule

zu einem Schweizer Seidenhändler in Mailand, wo Carl nicht nur das Kaufmännische lernte, sondern auch die erste von drei Fremdsprachen, die er später beherrschte.



Zurück in der Schweiz, begann er für den Zürcher Seidenfabrikanten Samuel Rüttschi zu arbeiten, und durch seine Heirat mit Emma Arter, Tochter des wohlhabenden Zürcher Seidenhändlers Salomon Arter, knüpfte er weitere Kontakte in der Branche. 1861 gründete er dann mit August Rübel eine eigene Seidenfirma, an der er bis 1884 beteiligt war

– mit wechselndem Erfolg. Abeggs grosse Leidenschaft war ohnehin nie das Textile, sondern die Welt der Finanzen. Das hatte er schon 1857 als 21-Jähriger in New York entdeckt, wohin ihn Rüttschi geschickt hatte, um dessen Firma durch eine akute Absatzkrise zu lotsen. Das tat er auch, doch mindestens so fasziniert war Abegg vom Handel mit hochverzinslichen Papieren amerikanischer Eisenbahnunternehmen.

Mit seinem deutschen Partner Rübel, den er in New York kennengelernt hatte, begann sich Abegg in Zürich mehr und mehr als Bankier zu betätigen – und offenbar so erfolgreich, dass Alfred Escher auf ihn aufmerksam wurde. Escher, der 1857 die Schweizerische Kreditanstalt gegründet hatte, um seine Nordostbahn zu finanzieren, holte den aufstrebenden Abegg 1868



Carl Abegg-Arter's Aktie Nr. 1 aus dem Jahr 1906.

in den Verwaltungsrat der SKA. Das Verhältnis zwischen den beiden scheint freundlich, aber nicht sehr eng gewesen zu sein; im einzigen Briefwechsel, der von ihnen in der digitalen Escher-Briefedition zu finden ist, war man jedenfalls sehr förmlich und per Sie. Abegg, das offenbart schon sein Engagement als NZZ-Aktionär, war gewiss ein Wirtschaftsliberaler wie Escher und «jedem Staatssozialismus abhold», wie sein Leibblatt schrieb. (Ob übrigens auch Escher NZZ-Aktionär war, weiss nicht einmal sein sonst nahezu allwissender Biograf Joseph Jung. In früheren Jahren jedoch schrieb Escher regelmässig als Korrespondent für die NZZ.)

Doch Carl Abegg war nie Teil des «Systems Escher», allein schon deshalb nicht, weil fast eine Generation zwischen den beiden Männern lag. 1868, in diesem Krisenjahr der Zürcher Liberalen, war Eschers Macht bereits deutlich am Bröckeln, während die Karriere des damals 32-jährigen Abegg erst richtig begann – allerdings nicht in der Politik. Zwar unternahm er auch dort einen Anlauf und wurde im Jahr 1878 in den Grossen Stadtrat von Zürich gewählt. Doch kurz darauf trat er von diesem Amt wieder zurück, ihm fehlten anscheinend die Nerven für die parlamentarische Kleinarbeit. Es war sein erster und letzter Anlauf. «Der Versuch, ihn für die Politik, oder führende Politiker für ihn zu interessieren, musste fehlschlagen: In die Bande der Parteidisziplin hätte sich so eine unabhängige und selbständige Individualität wie die seinige nicht hineinzwängen lassen», schrieb die NZZ in ihrem Nachruf und fügte an: «Er [...] wollte nichts anderes sein als ein Kaufmann grossen Stils.»

Das wurde er tatsächlich. Unglaubliche 44 Jahre lang, von 1868 bis 1912, blieb Carl Abegg im Verwaltungsrat der Schweizerischen Kreditanstalt, die ersten neun gemeinsam mit Escher. Zunächst musste er sich vor allem als Sanierer betätigen und reihenweise Liegenschaften abtossen, die der Bank nach diversen Konkursen von Klienten zugefallen waren. Überdies half er die hochgradig gefährdete Finanzierung der Gotthardbahn endgültig aufzugleisen.

1883, kurz nach Eschers Tod, übernahm Abegg schliesslich das Präsidium der Kredit-

44 Jahre lang war Abegg im Verwaltungsrat der SKA, davon 28 Jahre als Präsident.

anstalt und behielt dieses Amt nicht weniger als 28 Jahre lang. In jener Zeit baute er das Kreditwesen zuerst um und dann kräftig aus, ebenso die Geschäfte mit Wertpapieren. So wurde Abegg zu einem der frühen Architekten des Bankplatzes Zürich und der Schweiz, wenn auch anfangs mit grosser Zurückhaltung, wie die NZZ schrieb: «Der Gründung von Filialen der Kreditanstalt war er lange entschieden abgeneigt. Sein Ideal war, nur für Engagements verantwortlich zu sein, die unter dem eigenen Dache eingegangen würden von Leuten, deren Geschäftsführung nicht nur, sondern auch deren Lebensführung täglich überwacht und verfolgt werden konnte. Aber er sah schliesslich ein, dass das wirtschaftliche Leben der Schweiz sich nicht in Zürich allein konzentriert», weshalb er der Expansion nach Basel, Genf und St. Gallen zustimmte.

Mit den Jahren baute Abegg beste Beziehungen zur Finanzwelt in ganz Europa wie auch zur Eisenbahnbranche auf, die stets auf der Suche nach Kapital war. Zugleich gründete er mit der Kreditanstalt zwei Versicherungen, die «Schweiz» (1869) und vor allem die bald florierende «Zürich» (1875).

Persönlich, so schrieb die NZZ im Nachruf auf ihren ersten Aktionär, sei Carl Abegg immer bescheiden, ja «bedürfnislos» geblieben. Und überaus sparsam. Immerhin, er residierte an der Zürcher Bahnhofstrasse Nummer 1, direkt neben dem Hotel Baur au Lac, wo er sich ein «palastartiges Wohn- und Geschäftshaus» (NZZ) hatte errichten lassen, das allerdings 1971 einem Neubau weichen musste.

Carl Abegg-Arter starb 1912 im Alter von 76 Jahren. Die NZZ-Aktie Nr. 1 ging an seinen Schwiegersohn Wilhelm Caspar Escher über. |G|

Hier haben wir es schwarz auf weiss

Wir gratulieren der «AG für die Neue Zürcher Zeitung» zu 150 Jahren qualitativ hochstehender und unabhängiger Publizistik.

folgte die Gründungsversammlung der «Aktiengesellschaft für die Neue Zürcher Zeitung» mit einem Gesellschaftskapital von 200 000 Franken. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten 112 Aktionäre 166 Aktien zu je 1000 Franken erworben, so dass die AG die NZZ am 15. März 1868 dem bisherigen Eigentümer Orell, Füssli & Co. für 100 000 Franken abkaufen konnte.

Die Gründungsversammlung wählte weiter das fünfköpfige Verwaltungskomitee, das ohne finanzielle Entschädigung den Chefredaktor beriet und für die Gesellschaft die Verträge mit der Redaktion, der Druckerei und der Auslieferung



Eugen Escher, NZZ-Redaktor und zugleich Zürcher Regierungsrat.

abschloss; Letztere beiden lagen mit der Inseateverwaltung vorerst «im bisherigen Sinn» bei Orell, Füssli & Co. Die Versammlung verabschiedete ebenfalls die Statuten, welche die Vinkulierung der Aktien durch Besitz- und Stimmrechtsbeschränkung in dem Sinn festhielten, dass kein Aktionär für sich selbst und als Stellvertreter mehr als 10 Stimmen abgeben darf. Diese Bestimmung dient bis heute dazu, die Unabhängigkeit der Gesellschaft und insbesondere der Redaktion sicherzustellen. Sie verhindert, dass eine kleine Gruppe von Grossaktionären den Kurs der Zeitung bestimmen kann. Seit 1886

Die NZZ-Aktionäre hiessen auch wegweisende Besitz- und Stimmrechtsbeschränkungen gut.

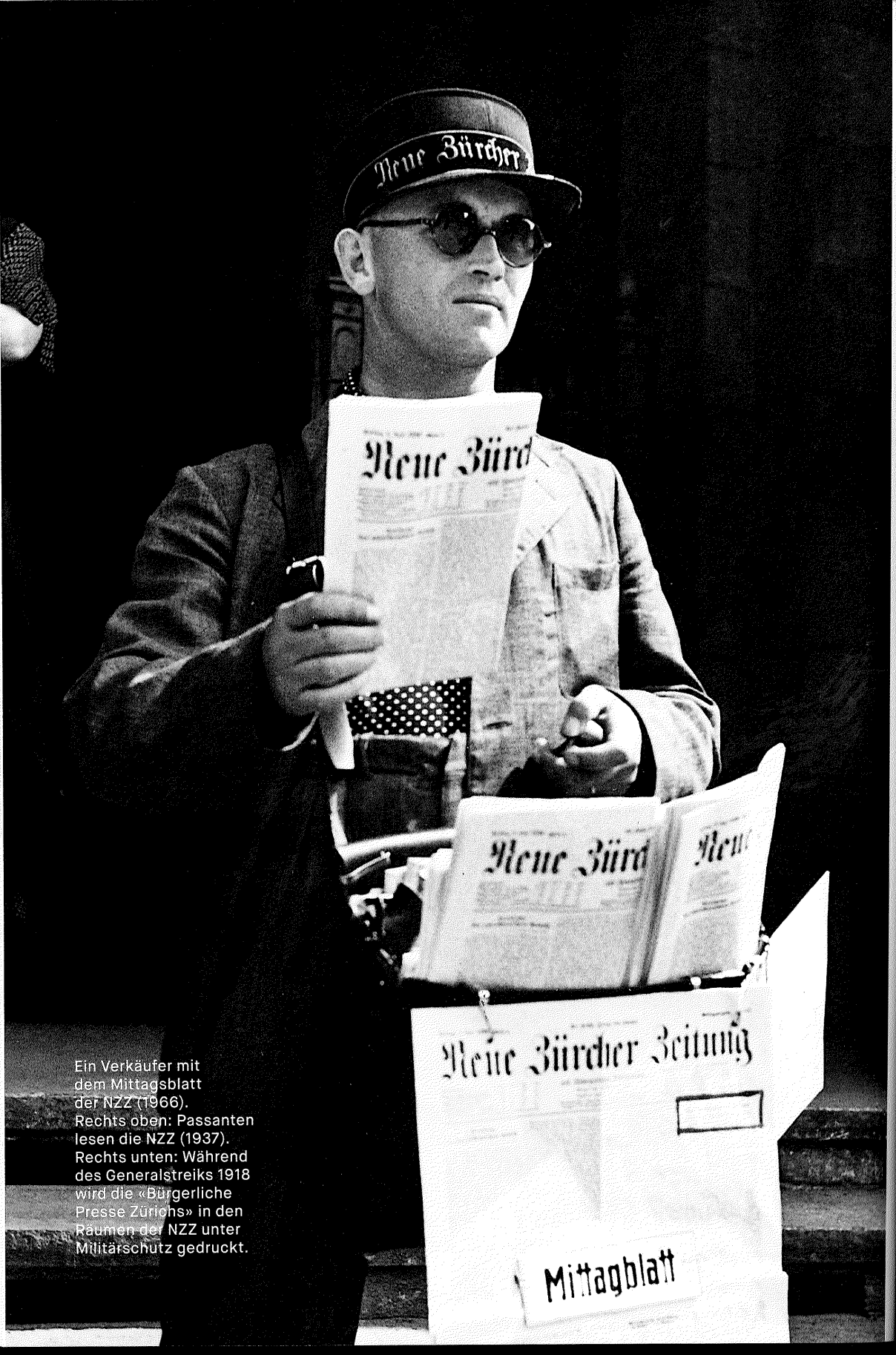
dürfen zudem nur natürliche Personen Aktien der NZZ besitzen, und das Verwaltungskomitee muss Aktienübertragungen zustimmen.

Nicht Mitglied im Verwaltungskomitee war die treibende Kraft im «Politischen Gemeindeverein», die aber fortan satzungsgemäss mit beratender Stimme an dessen Sitzungen mitwirkte. Dies sah die Satzung nämlich für den Chefredaktor vor, und für dieses Amt wählte das Komitee den Stadtschreiber Eugen Escher, was bereits der Gemeindeverein in seinem Aufruf zum Aktienwerb versprochen hatte. «Die bisherige politische Wirksamkeit des Herrn Dr. E. Escher sollte übrigens völlige Gewähr dafür bieten, dass das Blatt in würdiger, von Parteigezänke ferner Weise geschrieben wird und die zeitgemässe Fortentwicklung unserer bundesstaatlichen Einrichtungen sowohl als der kantonalen Verfassung sich zur Aufgabe macht, aber Neuerungen entschieden bekämpft, welche die guten Errungenschaften der Vergangenheit gefährden und dem vernünftigen Fortschritt auf intellektuellem und materiellem Gebiet widersprechen.»

Eugen Escher war der Sohn Heinrich Eschers, der von 1834 bis 1837 seinerseits der Redaktor der NZZ gewesen war – neben seinem Amt als Regierungsrat! Eugen Escher war ebenfalls Jurist und während seiner Zeit als Chefredaktor zuerst Ständerat (bis 1869) und dann Nationalrat, was damals prestigeträchtiger war. Zudem wirkte er im Verfassungsrat, doch konnte sein politisches und publizistisches Wirken nicht verhindern, dass die direktdemokratische neue Verfassung klar obsiegte. Escher musste sich im November 1868 sogar gegen den Vorwurf verwahren, er begegne den Demokraten zu wenig kämpferisch: «Zu grosse Objektivität, zu wenig entschiedene Partheinahme wird uns von eifrigen Partheifreunden vorgeworfen [...]. Nicht



Ein Soldat bewacht
während des Landes-
streiks von 1918 den
Druck der «Bürgerlichen
Presse Zürichs».



Ein Verkäufer mit dem Mittagsblatt der NZZ (1966).
Rechts oben: Passanten lesen die NZZ (1937).
Rechts unten: Während des Generalstreiks 1918 wird die «Bürgerliche Presse Zürichs» in den Räumen der NZZ unter Militärschutz gedruckt.

Mittagblatt



das vermeintliche Partheiinteresse, worüber so leicht der Augenblick den Blick trübt, sondern die innere Berechtigung der Gedanken, welche in so mannigfacher Form vor uns auftauchen, müssen wir zu erkennen suchen.»

Dem Chefredaktor oblag nicht nur die inhaltliche und personelle, sondern auch die administrative, technische und finanzielle Leitung des Unternehmens NZZ. Mit Escher gab es erstmals einen dem Verwaltungsrat «verantwortlichen Redaktor» mit Vor- und Nachnamen; bis 1868 war der Redaktor nur in Ausnahmefällen in den Zeitungsspalten persönlich genannt worden. Eschers Vorgänger Felber trat seinerseits mit einer substanziellen Gehaltseinbusse ins Glied zurück. Escher duldete Felber mehr, als dass er ihn schätzte: Als konservativer Föderalist machte er den dauernd in eidgenössische Pressefehden verwickelten Solothurner für die Niederlage der Zürcher Wirtschaftsliberalen mitverantwortlich, weil diese den Zugang zu ihrer heimischen Klientel verloren hätten.

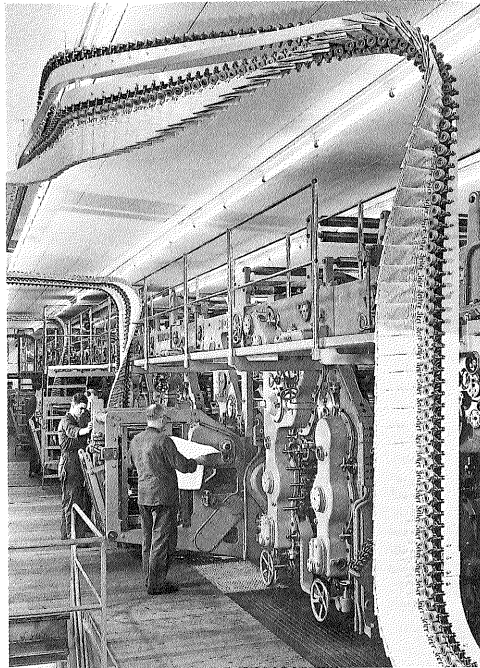
Mit neuen Mitteln und erneuertem Sendungsbewusstsein wählte die NZZ schon bald einen intensivierten Erscheinungsrhythmus, der am 5. Dezember 1869 angekündigt wurde und nach einer Experimentierphase ab Anfang 1870 definitiv galt: «Die «Neue Zürcher Zeitung» wird von morgen an alle Wochentage zweimal, wöchentlich also dreizehn Mal, ausgegeben werden. Alle Abonnenten erhalten hienach täglich zwei Blätter, deren jedes die Nachrichten des seinem Erscheinen vorangehenden halben Tages in neuer Bearbeitung enthält. Wir wagen hiemit einen Schritt, den unseres Wissens noch

kein schweizerisches Blatt gethan hat, während in Deutschland die tägliche Doppelausgabe der Zeitungen, erleichtert durch das dortige Postgesetz, sich an vielen Orten seit Jahren eingebürgert hat. Wie wir hoffen, wird uns die Zustimmung der Leser nicht ausbleiben. Durch die Doppelausgabe, verbunden mit Verbesserung unserer technischen Einrichtungen, wird uns die Möglichkeit geboten, viele Nachrichten erheblich rascher als bisher mitzuteilen. Damit steht überdies im Zusammenhang eine erheb-

liche Erweiterung des Blattes, welche uns gestattet, den gesteigerten Anforderungen in vermehrtem Masse gerecht zu werden.» Die Zahl der Textseiten erhöhte sich damit von 1215 auf 1715 pro Jahr, der Abonnementspreis von 12 auf 16 Franken, wenn die Zeitung am Schalter abgeholt wurde.

Eugen Escher verliess die Chefredaktion der NZZ bereits 1872 wieder, blieb aber der Aktiengesellschaft als Präsident des Verwaltungskomitees erhalten. Dass er sich hauptberuflich als Direktor und Nachfolger Alfred Eschers mit wechselhaf-

tem Erfolg der Nordostbahn widmete, zeigt die erneuerten engen Bande des Blattes mit der Zürcher Grossfinanz. Eugen Eschers Nachfolger war der Aargauer Jurist, Grossrat und künftige Bundesrichter Hans Weber, unter dem das Blatt 1874 vom Haus zum Elsässer in das Haus zum Wellenberg am Hirschenplatz umzog. Damit erfolgte auch räumlich die Ablösung vom Mutterverlag Orell, Füssli & Comp., dessen Druckerei für die Expansionspläne der NZZ nicht mehr genügte. Weber markierte umgehend eine eigene Linie, indem er anders als Eugen Escher und wichtige



Rotationsmaschine aus dem Jahr 1955.

andere Aktionäre, aber gemeinsam mit Felber die geplante Revision der Bundesverfassung unterstützte, obwohl sie einige der direktdemokratischen Ideen enthielt, denen die Zürcher Liberalen unlängst ihr Debakel zu verdanken hatten. Es fehlten Weber die erzföderalistischen Reflexe gegen die «Zentralisation», die er pragmatisch beurteilte: «Was der Bund besser machen kann als die Kantone, das mache er, und was die Kantone besser machen können als der Bund, das machen sie.»

Nach der bitter beklagten Niederlage, als 1872 die erste Vorlage für eine neue Bundesverfassung am föderalistischen Widerstand von Welchen und Katholisch-Konservativen scheiterte, konnten sich Weber und die NZZ 1874 über den Erfolg des modifizierten Verfassungsentwurfs freuen: «Glück auf, Schweizervolk! Die Sonne, seit zwei Jahren etwas verfinstert, ist wieder hell und klar durchgebrochen und strahlt fröhlich hernieder auf unsere Täler, als herzlicher Gruss zur Wiedergeburt Helvetiens.»

Damit gelangte das Instrument des Referendums in die neue Bundesverfassung, die wenig später auch die Initiative ermöglichte. Nachdem die Umwandlung der NZZ in eine Aktiengesellschaft nicht zuletzt dazu gedient hatte, diese direktdemokratischen Neuerungen zu bekämpfen, arrangierte sich das liberale Blatt damit, dass der Souverän auf diesem Weg seine politischen Rechte erweitert hatte und das Wirken der gewählten Repräsentanten besser überwachte und gegebenenfalls korrigierte. Mit Gustav Vogt wurde 1878 bis 1885 gar ein bis dahin demokratischer Kantonsrat Chefredaktor, der sich als Jura-professor und Universitätsrektor einen ausgezeichneten Namen geschaffen hatte. Mit seinem Redaktionsprogramm verpflichtete er sich und die NZZ darauf, dass sie «als politisches Organ nicht einer bestimmten Parteifraktion, sondern den wirklich liberalen Bestrebungen überhaupt [...] als Kämpfer und Kampffeld ihre Dienste» anboten. Solange sich die Redaktion «im breiten Gebiete der liberalen Strömung» bewegte, hatte sie völlige Freiheit, was Vogt als unabdingbar ansah.

Obwohl eher liberal-konservative und zum Teil zwinglianisch-konfessionell geprägte Natio-

nalräte und Aktionäre sich weiterhin gelegentlich Sorgen über die «allzu linke» NZZ machten, vermochte der Geschäftsgang sie ab 1872 etwas zu trösten: Nach vier verlustreichen Jahren verzeichnete die NZZ nun regelmässig positive Jahresabschlüsse und schüttete 1876 erstmals eine Dividende aus. Dauerhaft stabilisiert und wirtschaftlich erfolgreich wurde die NZZ aber erst in den 1880er Jahren unter dem Chefredaktor Walter Bissegger und Nationalrat Ulrich Meister als Präsidenten des Verwaltungskomitees, die beide ihre Ämter bis in den Ersten Weltkrieg hinein innehatten. Wie die Gründer der Aktiengesellschaft 1868 erhofft hatten, errang die NZZ nun tatsächlich «unter den Tagesblättern der deutschen Schweiz die erste Stelle». [4]



Thomas Maissen, Jahrgang 1962, ist seit 2013 Direktor des Deutschen Historischen Instituts in Paris. Davor wirkte er als Professor für Neuere Geschichte in Heidelberg. Maissen veröffentlichte zuletzt *Schweizer Helden-geschichten – und was dahintersteckt*. 2010 erschien seine *Geschichte der Schweiz*. Beide Bücher wurden Bestseller.



Weiterführende Literatur

- Thomas Maissen: *Die Geschichte der Neuen Zürcher Zeitung, 1780–2005*. Zürich 2005.
 Conrad Meyer / Pascal Morf: *225 Jahre Neue Zürcher Zeitung. Das Unternehmen von 1780 bis 2005*. Zürich 2005.
 Leo Weisz: *Die Neue Zürcher Zeitung im Kampf der Liberalen mit den Radikalen, 1849–1872 (Persönlichkeit und Zeitung, Bd. 2)*. Zürich 1962.
 August Welti: *Geschichte der Neuen Zürcher Zeitung von 1780–1914*, in: *150 Jahre Neue Zürcher Zeitung, 1780–1930. Jubiläumsschrift*. Zürich 1930, S. 1–230.